



Stadt Kamen

Niederschrift

Rat

über die
1. Sitzung des Rates
am Donnerstag, dem 28.01.2021
in der Kamener Stadthalle

Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:55 Uhr

Anwesend

Bürgermeisterin
Frau Elke Kappen

SPD

Herr Mehmet Akca
Herr Denis Aschhoff
Frau Alexandra Bartosch
Herr Oliver Bartosch
Herr Joachim Eckardt
Frau Carina Feige
Herr Daniel Heidler
Herr Peter Holtmann
Herr Klaus Kasperidus
Frau Christiane Klanke
Herr Gökçen Kuru
Frau Brigitte Langer
Frau Elena Liedtke
Frau Jutta Maeder
Herr Bastian Nickel
Frau Nadine Pasalk
Herr Lucas Sklorz
Frau Ulrike Skodd
Herr Oliver Syperck
Herr Theodor Wältermann
Herr Manfred Wiedemann

CDU

Herr Michael Bierhoff
Herr Ralf Eisenhardt
Herr Rainer Fuhrmann
Frau Rosemarie Gerdes
Frau Sarah Grüneberg
Herr Stefan Helmken

Herr Wilhelm Kemna
Herr Heinrich Kissing
Herr Ralf Langner
Frau Susanne Middendorf
Frau Helga Pszolka
Herr Oliver Romeo
Herr Andreas Sude
Herr Dietmar Wünnemann

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Doris Baumeister
Herr Michael Brauckmann
Frau Anke Dörlemann
Frau Sandra Heinrichsen
Frau Christina Kollmann
Frau Manuela Laßen
Herr Timon Lütschen
Herr Marian-Rouven Madeja

DIE LINKE / GAL

Herr Klaus-Dieter Grosch

FW Kamen

Herr Dennis Kobus
Herr Helmut Stalz

fraktionslos

Herr Ulrich Lehmann

FDP

Herr Alfred Mallitzky
Frau Heike Schaumann

Ortsvorsteher

Herr Ulrich Klein
Herr Friedhelm Lipinski
Herr Max Pasalk
Herr Hans-Jürgen Senne

Verwaltung

Frau Julia Freundl
Herr Dietmar Lerch
Herr Dr. Uwe Liedtke
Frau Ingelore Peppmeier
Frau Hanna Schulze
Herr Ralf Tost
Herr Christoph Watolla

Entschuldigt fehlten

Frau Ruthild Lindemann-Opfermann

Die Bürgermeisterin, Frau **Kappen**, begrüßte die Ratsmitglieder sowie die Mitarbeiter der Verwaltung und die Vertreter der Presse, stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug die Bürgermeisterin vor, die Tagesordnung wie folgt zu ändern:

- Absetzen des Tagesordnungspunktes 8 „Straßenbenennung, Benennung der Straße im Bebauungsplangebiet Nr. 36 Ka-Me Wohnbebauung südlich Dorf Methler“.
- Erweiterung um den Tagesordnungspunkt „Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2021/22 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl“.

Die Änderung der Tagesordnung wurde durch den Rat, wie von der Bürgermeisterin vorgeschlagen, einstimmig beschlossen.

Weitere Änderungen der Tagesordnung lagen nicht vor.

Danach ergibt sich folgende Tagesordnung:

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Bestellung zur Besetzung der Funktionen zur Leitung der Feuerwehr der Stadt Kamen zum 1. März 2021	012/2021
3	Umsetzung von Ausschüssen hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen	
4	Berufung von beratenden Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss	152/2020
5	Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2021/22 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl	010/2021
6	Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für Januar 2021	009/2021
7	Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021	148/2020
7.1	Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL	
8	Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2021	149/2020
8.1	Antrag der SPD-Fraktion	
9	Abschluss einer neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten	013/2021
10	Einführung einer Werbegestaltungssatzung zur Regulierung der Werbebeleuchtung hier: Antrag der FDP-Fraktion	
11	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Einwohnerfragen wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
012/2021

Bestellung zur Besetzung der Funktionen zur Leitung der Feuerwehr der Stadt Kamen zum 1. März 2021

Herr **Eisenhardt** teilte für die CDU-Fraktion mit, dass man der neuen Leitung für ihre kommenden Aufgaben viel Erfolg und eine glückliche Hand wünsche. Die Leitung der Feuerwehr, im Zuge des ehrenamtlichen Engagements, stelle eine besondere Herausforderung dar.

Herr **Heidler** schloss sich den Ausführungen von Herrn Eisenhardt an. Er betonte, dass der Rat immer ein offenes Ohr für die Belange der Feuerwehr habe und sich die Leitung sicherlich jederzeit an die Mitglieder des Rates wenden könne.

Herr Tim Seiffert und Herr Volker Rost stellten sich kurz dem Rat vor.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt mit Wirkung zum 1. März 2021 die Bestellung folgender Personen zur Besetzung der Funktionen zur Leitung der Feuerwehr der Stadt Kamen

- Stadtbrandinspektor Tim Seiffert, wohnhaft Bunte Kuh 22, 59174 Kamen, zum Leiter der Feuerwehr der Stadt Kamen
- Brandinspektor Volker Rost, wohnhaft Frielinger Weg 36, 59174 Kamen zum stellv. Leiter der Feuerwehr der Stadt Kamen

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Umbesetzung von Ausschüssen
hier: Antrag der Fraktion B90/Die Grünen

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen beschließt folgende Umbesetzungen:

<u>Wirtschaftsausschuss</u>	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
ordentliches Mitglied	Peter Gerwin	Kamil Kornek
stellv. Mitglied	Kamil Kornek	Peter Gerwin
<u>Umwelt- und Klimaschutz-</u> <u>ausschuss</u>	<u>bisher</u>	<u>neu</u>
ordentliches Mitglied	Kamil Kornek	Peter Gerwin

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 4.
152/2020

Berufung von beratenden Mitgliedern für den Schul- und Sportausschuss

Beschluss:

Der Rat beruft für die Dauer seiner Wahlzeit als ständige Mitglieder mit beratender Stimme in den Schul- und Sportausschuss:

<u>ordentliches beratendes Mitglied</u>	<u>stellv. beratendes Mitglied</u>
<u>Ev. Kirche</u>	
Pfarrer Martin Brandhorst	Pfarrerinnen Andrea Mensing
<u>Kath. Kirche</u>	
Frau Susanne Lehn	N.N

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 5.
010/2021

Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2021/22 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl

Beschluss:

Nach § 6a der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz NRW beträgt die Zahl der maximal zu bildenden Eingangsklassen im Stadtgebiet (Kommunale Klassenrichtzahl) 16.

Der Schulausschuss beschließt für das Schuljahr 2021/22 die Bildung von 15 Eingangsklassen. Eine Eingangsklasse wird optional im Bedarfsfall zusätzlich gebildet.

Auf die Schulstandorte bezogen wird die Klassenbildung wie folgt festgelegt:

Grundschule	Eingangsklassen
Diesterwegschule*	3
Friedrich-Ebert-Schule	3
Südschule, Stammschule	2
Südschule, Teilstandort	1
Eichendorffschule	2
Jahnschule	2
Astrid-Lindgren-Schule	2
Gesamt	15

Jahrgangsübergreifender Unterricht
in der Schuleingangsphase ab SJ 2017/18 *

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 6.
009/2021

Aussetzung der Erhebung von Elternbeiträgen für Januar 2021

Herr **Heidler** begrüßte die Planbarkeit und auch die Sicherheit für die Eltern. Er appellierte, dass das Land den Kommunen die Beiträge komplett erstatten müsse.

Es sei selbstverständlich keine Gebühren zu erheben, da keine Leistungen erbracht würden, so Herr **Stalz**. Er fragte nach dem Aussetzen der Beiträge für März und April, da die nächste Ratssitzung erst für Ende April geplant sei.

Die **Bürgermeisterin** entgegnete, dass, wenn die Voraussetzungen in den Monaten weiterhin vorliegen, hier mit einer Dringlichkeitsentscheidung Abhilfe geschaffen werden könnte.

Herr **Bartosch** korrigierte die Ausführungen von Herrn Stalz und stellte klar, dass die Kindertagesstätten und die Betreuung in der OGS für jedermann offen seien und somit sehr wohl Leistungen erbracht würden.

Beschluss:

Die Verwaltung der Stadt Kamen wird ermächtigt, die Erhebung von Elternbeiträge auf der Grundlage der örtlichen Satzungen für die Inanspruchnahme von

- Angeboten zur Förderung von Kindern in der Kindertagespflege gem. §§ 22, 23 und 24 SGB VIII,
- Angeboten zur Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen gem. §§ 22, 22a und 24 SGB VIII,
- Angeboten gemäß § 9 SchulG in Verbindung mit dem Runderlass des Ministeriums für Schule und Bildung vom 23.12.2010 „Gebundene und offene Ganztagschulen sowie außerunterrichtliche Ganztags- und Betreuungsangebote in Primarbereich und Sekundarstufe I“ (BASS 12-63 Nr. 2)

für den Zeitraum vom 01.01.2021 – 31.01.2021 auszusetzen.

Dies geschieht unabhängig davon, ob in diesem Zeitraum eine Betreuung in Anspruch genommen wird.

Dieser Beschluss gilt auch für den Monat Februar 2021 im Falle der weiteren Aussetzung des Präsenzunterrichtes an den Schulen sowie der Einschränkung des Betreuungsangebotes in den Kindertageseinrichtungen und in der Kindertagespflege (Regelung seitens des Landes).

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 7.
148/2020

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2021

Antrag der Fraktion DIE LINKE./GAL

Herr **Grosch** erläuterte den Antrag seiner Fraktion.

Die **Bürgermeisterin** informierte, dass im Rahmen des DigitalPaktes Fördermittel in einer Größenordnung von 2 Stellen befristet zur Verfügung stünden, um die IT-Administration an den Schulen zu fördern. Die Stellenausschreibungen seien vorbereitet. Allerdings warte die Verwaltung noch auf die Vereinbarung zwischen Land und Bund, da es sonst förderschädlich sei.

Die SPD-Fraktion teilte die Position der Bürgermeisterin und werde dem Antrag daher nicht zustimmen, so Frau **Klanke**. Sie wies darauf hin, dass auch im Bedarfsfall unterjährig Änderungen des Stellenplans erfolgen könne.

Da noch einige iPads nicht im System der Schulen eingebunden seien, fragte Frau **Heinrichsen**, ob die Verwaltung hierzu nicht kurzfristig auf Dienstleister zurückgreifen könne.

Bürgermeisterin Kappen entgegnete, dass dies in Folge der Komplexität derzeit nicht realisierbar sei.

Herr **Stalz** erinnerte in diesem Zusammenhang an einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen FW/FDP und SPD, der damals schon eine Optimierung der Personalausstattung für die IT-Administration an den Schulen vorsah. Ergänzend sprach er sich für interkommunale Lösungsansätze aus.

Es seien in der Vergangenheit bereits einige Nachbesserungen erfolgt, so die **Bürgermeisterin**. Diese beschränken sich allerdings auf die kommunale- und nicht auf die Landesebene. Interkommunale Lösungsansätze seien nicht zielführend, da alle Kommunen aktuell von den begrenzten IT-Kapazitäten betroffen seien.

Die CDU-Fraktion würde den Antrag nicht befürworten, sofern dieser förderschädlich sei, so Herr **Eisenhardt**. Ergänzend wies er auf die landesseitige Unterstützung der Schulen durch die Medienkompetenz-Teams und der geteilten Verantwortung von Schulträgern und Land beim Support der IT-Infrastruktur hin.

Bürgermeisterin Kappen entgegnete, dass Medienkonzepte der Schulen vorliegen würden, zumal diese Voraussetzung für den Förderantrag gewesen sei. Sie bestätigte, dass die Abstimmung zwischen den Verantwortlichkeiten von Schulträgern und Land problematisch seien.

Der akute Bedarf bestünde, so Frau **Dörlemann**. Aber um die in Aussicht gestellten Fördermöglichkeiten nicht zu gefährden, müsse ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Herr **Grosch** teilte mit, dass nach den Ausführungen, seine Fraktion den Antrag zurückziehen und bei Bedarf im Frühjahr erneut auf die Tagesordnung setzen lasse werde.

Herr **Heidler** führte aus, dass in Folge der unterschiedlichen Beteiligten und der Gesamtproblematik es wünschenswert sei, alle Aspekte gleich mit einzubeziehen, da es sonst nur zur Unzufriedenheit führe.

Die **Bürgermeisterin** schlug vor, den Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses zu setzen. Dieser könne noch vor den Osterferien stattfinden.

Für die SPD-Fraktion begründete Frau **Klanke** die Zustimmung zum Stellenplan.

(siehe Redebeitrag – Anlage 1 der Niederschrift)

Für die Fraktion B90/Die Grünen teilte Frau **Heinrichsen** die Zustimmung zum Stellenplan mit.

(siehe Redebeitrag – Anlage 2 der Niederschrift)

Herr **Langner** erläuterte für die CDU-Fraktion die Zustimmung zum Stellenplan.

(siehe Redebeitrag – Anlage 3 der Niederschrift)

Herr **Grosch** begründete für die Fraktion Die Linke/GAL die Zustimmung des vorgelegten Stellenplans.
(siehe Redebeitrag – Anlage 4 der Niederschrift)

Herr **Mallitzky** teilte für die FDP-Fraktion die Zustimmung zum Stellenplan mit.
(siehe Redebeitrag – Anlage 5 der Niederschrift)

Herr **Kobus** erläuterte für die FW-Fraktion die Zustimmung zum Stellenplan.
(siehe Redebeitrag – Anlage 6 der Niederschrift)

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, im Zuge der Haushaltskonsolidierung jede freiwerdende Stelle vor einer evtl. Wiederbesetzung auf ihre Notwendigkeit hin zu überprüfen. Dabei muss beurteilt werden, ob die Aufgaben der betreffenden freiwerdenden Stelle durch organisatorische Maßnahmen mit weniger Personalaufwand bewältigt werden können, bzw. ob eine Besetzung der Stelle mit einer niedrigeren Besoldungs- oder Entgeltgruppe in Betracht kommt.

Die Regelungen im Haushaltssicherungskonzept sind grundsätzlich zu beachten.

2. Dem vorgelegten Stellenplan 2021 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: bei 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

Zu TOP 8.
149/2020

Haushaltssatzung und Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2021

Antrag der SPD-Fraktion

Herr **Heidler** erläutert den Antrag der SPD-Fraktion.

Frau **Schaumann** konnte die doppelte Budgetierung für den Bürgerhaushalt im nächsten Jahr nicht nachvollziehen. Daher werde ihre Fraktion den Antrag ablehnen.

Die CDU-Fraktion werde dem Antrag zustimmen, so Herr **Eisenhardt**.

Da im Sommer gegebenenfalls größere Präsenzveranstaltungen wieder möglich seien, kritisierte Herr **Stalz** die frühzeitige Entscheidung. Zudem bestünde die Möglichkeit, sich digital auszutauschen.

Herr **Heidler** entgegnete, dass die Abstimmung innerhalb der Vereine und Institutionen derzeit nicht stattfinden könne. Ein digitales Format sei nicht

gewünscht und entspreche nicht den Intentionen eines direkten, persönlichen Austausches.

Die **Bürgermeisterin** gab zu Bedenken, dass Maßnahmen in dem Jahr umzusetzen seien, in dem sie getroffen werden. Dies gestalte sich in einer Pandemielage recht schwierig und könne zudem zeitlich kritisch werden.

Die Fraktion Freie Wähler werden dem Antrag nicht zustimmen, so Herr **Kobus**. Er halte eine Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht.

Beschluss:

Das im Haushalt 2021 verankerte Budget für den Bürgerhaushalt wird erst in 2022 verausgabt, so dass im Jahr 2022 das doppelte Budget zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis: bei 5 Gegenstimmen mehrheitlich angenommen

Herr **Heidler** begründete für die SPD-Fraktion die Zustimmung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 7 der Niederschrift)

Für die CDU-Fraktion nahm Herr **Eisenhardt** Stellung zur Zustimmung des Haushaltes.

(siehe Redebeitrag – Anlage 8 der Niederschrift)

Für die Fraktion Die LINKE/GAL bewertete Herr **Grosch** die Enthaltung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 9 der Niederschrift)

Frau **Schaumann** erläuterte für die FDP-Fraktion die Zustimmung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 10 der Niederschrift)

Für die FW-Fraktion begründete Herr **Stalz** die Enthaltung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 11 der Niederschrift)

Frau **Dörlemann** erläuterte für die Fraktion B90/Die Grünen die Zustimmung zum Haushalt.

(siehe Redebeitrag – Anlage 12 der Niederschrift)

Beschluss:

A. Die Haushaltssatzung 2021 mit ihren Anlagen wird beschlossen.

B. Das fortgeschriebene Haushaltssicherungskonzept 2021 wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: bei 3 Enthaltungen und 1 Gegenstimme mehrheitlich angenommen

013/2021

Abschluss einer neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten

Herr **Stalz** begrüßt die interkommunale Vorgehensweise. Diese wünsche er sich auch für den IT-Support an Schulen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Kamen stimmt dem Abschluss der neuen öffentlich-rechtlichen Vereinbarung über die Bestellung eines gemeinsamen IT-Sicherheitsbeauftragten zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 10.

Einführung einer Werbegestaltungssatzung zur Regulierung der Werbebeleuchtung

hier: Antrag der FDP-Fraktion

Frau **Schaumann** teilte mit, dass der Antrag ihrer Fraktion zur Beratung an den zuständigen Fachausschuss verwiesen werden solle, da dieser dann in das Gesamtkonzept zur Attraktivierung der Innenstadt einfließen könne.

Herr **Stalz** wünsche sich den Hinweis des Bestandschutzes.

Herr **Heidler** begrüße eine Vorprüfung der Verwaltung hinsichtlich der Rechtssicherheit.

Herr **Grosch** halte es für sinnvoll, das Konzept der Ortsheimatpfleger mit einfließen zu lassen.

Anregungen zu Gestaltungssatzungen könnten zudem von umliegenden Städten eingeholt werden, so Herr **Eisenhardt**.

Herr **Dr. Liedtke** bat um Verständnis, dass aufgrund der Pandemielage eine Zusammenarbeit u.a. mit dem LWL nicht möglich sei.

Zu TOP 11.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Mitteilungen der Verwaltung

Die **Bürgermeisterin** informierte über die aktuelle Coronalage. Sie dankte den Bürgerinnen und Bürgern für ihre Geduld und das daraus resultierende gute Klima in Kamen. Auch dankte sie der Politik für dessen Unterstützung und für das verantwortungsvolle Umgehen in der Pandemielage.

Die **Bürgermeisterin** berichtete über ein Gespräch mit den Leitungen der Pflege- und Behinderteneinrichtungen in Kamen. Im Rahmen des Gesprä-

ches wurde u.a. die aktuelle Situation, die besondere Problemlage in den Einrichtungen sowie der Impfstart thematisiert. Danach sei sowohl beim Personal wie auch bei den Bewohnern eine hohe Impfbereitschaft erkennbar.

Frau **Schulze** informierte die Ratsmitglieder über den Pflegebedarfsplan 2020 des Kreises Unna. Ein Überblick zeige, dass es bis zum Jahr 2040 einen Anstieg von 40.000 Bürgerinnen und Bürgern über 65 Jahre im Kreis gebe. Flächendeckend bestehe eine gute Versorgung. Es gebe einen zusätzlichen Bedarf an 52 Pflegeheimplätzen. Hier müsse noch ein geeigneter Standort gefunden werden. Dies sei aber Aufgabe des Kreises. Weiter gebe es einen zusätzlichen Bedarf an Tagespflegeplätzen und bei den Servicewohnungen.

Frau **Peppmeier** wies auf die redaktionellen Änderungen im Gesellschaftsvertrag der TECHNOPARK KAMEN GmbH hin. Diese seien den Ratsmitgliedern vorab schriftlich zugegangen.

Anfragen

Die Frage von Herrn **Langner**, ob die Verwaltung die Fördermittel zum Infrastrukturausbau der Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern in Anspruch nehme, bejahte die **Bürgermeisterin**.

Herr **Kissing** fragte nach, ob beabsichtigt sei, dass die Sparkasse in Heeren, die übergangsweise von der Märkischen Straße zur Bergstraße gezogen sei, auch wieder zurückziehe.

Die Verwaltung sei in Gesprächen mit der Sparkasse, so die **Bürgermeisterin**. Der Rückzug sei zum jetzigen Zeitpunkt noch ungewiss.

Frau **Middendorf** fragte nach, ob für die Aktion „Sauberes Stadt Kamen“ Straßenpatenschaften möglich seien.

Die **Bürgermeisterin** antwortete, dass ein Konzept in Planung sei, allerdings sei die Umsetzung wegen der Coronapandemie sehr problematisch.

Frau **Dörlemann** merkte an, dass es für ältere Menschen aus Kamen-Ost kaum eine Möglichkeit gebe, in die Innenstadt zu gelangen, da es zur Zeit keine Busverbindungen gebe.

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgabenträger des straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehrs ist der Kreis Unna. Der Kreis Unna ist somit verantwortlich für das Busangebot, also die Linienverläufe, die Bedienungszeiten sowie die Fahrthäufigkeiten auf den einzelnen Linien. Das Busangebot im Kreis Unna und somit auch in der Stadt Kamen wird definiert im Nahverkehrsplan des Kreises Unna, der zuletzt 2018/2019 fortgeschrieben wurde. Hierbei wird eine sog. „Ausreichende Verkehrsbedienung“ definiert, aus dem sich dann das jeweilige Busangebot ableiten lässt. Aufgrund der angewendeten Systematik zur „Ausreichenden Verkehrsbedienung“ ließen sich aus Sicht des Aufgabenträgers keine weiteren Angebotsbedarfe für den östlichen Siedlungsbereich von Kamen-Mitte ableiten. Aus Sicht der Stadt Kamen wurde dieser Siedlungsbereich nicht ausreichend berücksichtigt, was auch in der

Stellungnahme der Stadtverwaltung (MV 110/2018) angemerkt wurde. Dies wurde vom Kreis Unna nicht aufgenommen sondern auf nächste Fortschreibung verschoben: „Das Verfahren der Ausreichenden Verkehrsbedien-
nung stammt aus dem Jahr Anfang 2013. Die Modal-Split-Untersuchung lag Ende 2013 vor. Mit diesen Erkenntnissen wurde die Ausreichende Bedie-
nung in der Fortschreibung 2018 noch nicht überarbeitet. [...] Eine notweni-
ge Komplettüberarbeitung der Methodik Ausreichende Verkehrsbedien-
ung war auch in der Fortschreibung 2018 auf Grund erheblicher anderer Piori-
täten nicht möglich, wird aber für die nächste Fortschreibung fest einge-
plant.“ (Beschluss Kreistag) .

Die Verwaltung wird die Fortschreibung entsprechend kritisch begleiten und insbesondere für bislang schlecht angebundene Siedlungsbereiche wie der östliche Siedlungsbereich von Kamen-Mitte Verbesserungen einfordern, sofern sich diese durch eine neue Methodik und entsprechende Potentiale rechtfertigen lassen.

Auf die Frage von Herrn **Bartosch**, wie die Verwaltung die Aussetzung der Kindergartenbeiträge trotz Lastschriftverfahren handhabe, antwortete die **Bürgermeisterin**, dass die Gebühren in den darauffolgenden Monaten nicht eingezogen würden.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

keine

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

keine

gez. Kappen
Bürgermeisterin

gez. Watolla
Schriftführer